

Gesundheitspolitik



FOTOS: PRIVAT

durch Ministerin U. Schmidt und ihre Ministerialbürokratie vorangetrieben wird.

Seit wann engagieren Sie sich schon für den offenen Protest, der besonders durch Ihre Internetseite publik wurde?

Dr. Peters: Offen und kämpferisch war ich schon immer, aber seit November 2005 bin ich in ständiger Alarmbereitschaft. Damals sickerten die Pläne des BMG durch, die Zahnärzte zur Behandlung beihilfeberechtigter Patienten zum 1,8 fachen GOZ Satz zu zwingen. Die seither betriebene Außerkraftsetzung der Bürger- und Grundrechte mittels Sozialgesetzgebung und SGB V, die dazu angewandten Methoden des Staates, uns zur Räsion zu bringen und die inzwischen alltägliche, von einer willfährigen Presse begleitete Diffamierung von Ärzten und Zahnärzten durch Politiker, macht eine öffentliche Gegenwehr und Richtigstellung notwendig.

Um mehr Menschen zu erreichen

Eine Zahnärztin gibt nicht auf

Ganz weit im Norden unserer Republik, nicht weit vor der dänischen Grenze, betreibt Dr. Manuela Peters im beschaulichen Sterup ihre zahnärztliche Praxis. »Mit Fluchtoption über den Wasserweg«, gibt sie provokant zu erkennen. Seit Januar 2006 protestiert sie öffentlich gegen die Gesundheitspolitik der regierenden großen Koalition in Berlin. Mit großflächigen Plakaten ist die Fassade des Praxisgebäudes geschmückt; im Wartezimmer liegen Flyer und anderes Informationsmaterial für die Patienten aus. Unterschriftenlisten fordern u. a. zum Widerstand gegen die e-card auf.

Als Mitglied des FVDZ und der Freien Ärzteschaft findet man sie auch immer wieder in der vordersten Front, wenn irgendwo in Deutschland Aktionen gegen den Weg in die Staatsmedizin laufen.

Ihr Credo lautet: »Wenn Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht.«

Für das Internet hat sie eine eigene Website gestalten lassen. Dort berichtet sie über aktuelle Aktionen, verbreitet kritische Kommentare und liefert Informationen zum unablässigen Protest gegen den Bürokratismus im Medizinbetrieb, die Bevormundung und Entmündigung von Patienten und Ärzten. Sie finden diese unter www.mittwochsdemo.de.

Die ZKN Mitteilungen hatten die Gelegenheit zu einem kurzen Interview. Lesen Sie selbst, was die Kollegin zur derzeitigen Lage der Gesundheitsberufe zu sagen hat:

ZKN Mitteilungen: Frau Dr. Peters, Sie beklagen zu recht den Weg in die Staatsmedizin, der in Deutschland vor allem



Seit Januar 2006 protestiert Dr. Manuela Peters öffentlich gegen die Gesundheitspolitik der regierenden großen Koalition in Berlin

und die Bedrohung durch zunehmende staatliche Interventionen bekanntzumachen, aber auch um mehr Menschen Mut zu machen, sich von Lethargie und Ohnmachtsgefühl zu befreien, habe

ich im Juni 2006 meine Aktivitäten ausgedehnt und eine eigene Internetseite ins Netz gestellt. So erreiche ich, über meinen eigenen Praxisbereich hinaus, viele Menschen und kann ihnen durch Vernetzung viele Informationen schnell zur Verfügung stellen.

ZKN Mitteilungen: *Viele Mediziner und Zahnmediziner haben sich nach den Großdemonstrationen in 2006 frustriert in die alltägliche Arbeit zurückgezogen, Sie nicht. Woher nehmen Sie die Kraft, unverdrossen weiter zu kämpfen?*

Dr. Peters: Wie jeder Mensch habe ich meine Höhen und Tiefen. Ich bin nicht frei von Frust, aber die Arbeit unter den kommenden Bedingungen wäre der viel größere Frust. Der Rückzug in die alltägliche Arbeit bedeutet, den »Kopf in den Sand zu stecken«. Ich würde krank werden, fräße ich diese unge-



nicht in einem Entrechtungs-, Enteignungs-, Kontroll- und Überwachungs-, Gängelungs- und Zuteilungsstaat. Wer die Freiheit für vermeintliche Sicherheit oder persönliche Vorteile in diesem System aufgibt, wird alles verlieren.

Aus dieser Gewissheit nehme ich die Kraft unverdrossen weiterzukämpfen. Die vielen positiven Rückmeldungen, viele neue Kontakte und die Erkenntnis, dass es da draußen sehr viele Menschen gibt, die ebenfalls kämpfen und sich organisieren, bestärkt mich.

ZKN Mitteilungen: *Ihr Widerstand gilt auch der geplanten Einführung der elektronischen Gesundheitskarte. Sehen Sie noch Chancen, dieses Überwachungsmedium mit all seinen schwerwiegenden Einschnitten in das Vertrauensverhältnis von Arzt und Patient zu verhindern?*

Dr. Peters: Aber ja! Sobald die Menschen erst einmal wissen, dass die »Gesundheitsdaten« nicht auf der Karte gespeichert werden, sondern dass die Karte nur der Schlüssel zu einem gigantischen zentralen Datenspeicher ist, wollen die Menschen diese

Karte nicht mehr. Diese Erfahrung mache ich in meiner Praxis täglich, jeden Freitag geht die Unterschriftenliste der Patienten gegen die elektronische Gesundheitskarte in die Post und die Auf-

klärung dagegen ist ein Schwerpunkt meiner Internetseite.

Bürger, Ärzte und Patienten werden von den millionenschweren Profiteuren wie zum Beispiel den gesetzlichen Krankenkassen, der Gematik und der IT Industrie bewusst getäuscht. Der Widerstand und die Proteste von Patienten und Ärzten, inklusive der Resolution gegen die elektronische Gesundheitskarte des 110.ten deutschen Ärztetages im Mai 2007 wird einfach ignoriert und der Öffentlichkeit verschwiegen. Nirgends ist die Ignoranz und Arroganz der Macht so augenfällig, wie bei dieser eCard.

Dennoch gibt es kein Projekt, das von den Bürgern so leicht zu stoppen wäre, wie die elektronische Gesundheitskarte.

Der lebenslangen elektronischen Steuernummer, dem Bundestrojaner und der Telekommunikationsüberwachung kann man sich nur noch schwerlich entziehen, aber Widerstandsmöglichkeiten gegen die elektronische Gesundheitskarte gibt es einige: 1. das Nichtbeibringen des biometrischen Fotos für die eCard oder den Heilberuferausweis (HBA), 2. die Verweigerung der zustimmenden Unterschrift vor der ersten Anwendung der eCard, 3. die Verlegung des Pins, 4. das Nichtanschaffen und Nutzen der Konnektoren und 5. die Aufbewahrung und Weiterverwendung der alten KVK.

So wie es derzeit aussieht, kann nur noch Art. 20 (4) Widerstandsrecht unsere freiheitlich demokratische Grundordnung und die BRD retten.

So gesehen wird ziviler Ungehorsam zur Bürgerpflicht!

Die Fragen stellte Dr. Karl-Hermann Karstens ●



heure Wut in mich hinein. Ich will mich nicht daran hindern lassen, meinen Beruf in Freiheit und zum Wohle der Patienten auszuüben. Ich will in einer freiheitlich demokratischen BRD leben,

Gegen e-card-Bespitzelung

Aktion in Hamburg für mehr Demokratie und Mitbestimmung



FOTO: PRIVAT

Die Ärzte lassen nicht locker

Zwischen Konsum und Kognition bewegten sich die Menschen in der Fußgängerzone Hamburg-Harburg am Freitag, 2.11.2007.

Die Harburger Anzeigen und Nachrichten hatten bereits vorab über den bevorstehenden Protest berichtet.

In einer Pressemitteilung erklärte die Selbsthilfegruppe »Fibromyalgie-Syndrom«: »Patientendaten gehören nicht ins Internet«, »Wir protestieren gegen die ungesunde Gesundheitspolitik!«

Zunächst irritiert, dann aber doch interessiert schauten sich viele Passanten nach dem Protestzug von ca. 50 Patienten um, der mit einem großen Banner »Keine Patientendaten im Internet« und »Gegen e-card-Bespitzelung« um 16.30 durch die Fußgängerzone zog.

Die von der Selbsthilfegruppe »Fibromyalgie-Syndrom« Hamburg-Harburg angemeldete Demonstration wurde unterstützt von der Freien Ärzteschaft, den UnderDocs und Mittwochsdemo.de. Überrascht wurde die AOK Zweigstelle in Hamburg-Harburg nicht vom Auftauchen der Protestierenden in den AOK-Hallen. Die Organisatorin Gabi Thiess, Sprecherin der Selbsthilfegruppe hatte in einem Schreiben an die AOK angekündigt, dass es am 2.11.2007 eine öffentliche Anfrage zur AOK e-card-Bestellung in den Räumen der AOK-Harburg geben werde.

Dennoch war Herr Florian Brandt, Geschäftsführer der Harburger AOK-Zweigstelle überrascht ob der Menge an Protest-e-cards tragenden Menschen. Raum genug bot der großzügige postschalterähnliche Raum allemal für die ca. 50 Personen, die sich hinter der Absperrung für Wartende versammelten.

Gabi Thiess übergab, unterstützt von Dr. Silke Lüder die offizielle Anfrage zu den Kosten der AOK e-cardbestellung.

Wie kann es sein, dass die AOK für ihre 25 Millionen Mitglieder bereits die e-card verbindlich bei dem Chipkartenhersteller Gemplus bestellt, wenn die Tests noch nicht abgeschlossen sind und die bisherigen Ergebnisse der Testregionen alles andere als ermutigend sind?

Herr Florian Brandt bedankte sich für die Anmeldung der Anfrage, während eine Mitarbeiterin Fotos von der Szene

schoß. Er zeigte Verständnis für den Wunsch der Patienten, ihre Daten nicht im Internet wiederzufinden und bat um Nachsicht, dass er als Außenstelle der AOK nichts dazu sagen könne.

Er versprach, das Protestschreiben an die Hauptgeschäftsstelle in Hamburg weiterzuleiten und hat eine schriftliche Stellungnahme – evtl. auch von Herrn Ahrens – zugesagt.

Das ist ein deutliches Armutszeugnis für die AOK Geschäftsstelle in Hamburg Harburg. Sie hatte seit dem Eingang des Schreibens am 27.10.2007 genügend Zeit, eine Antwort vorzubereiten.

Etwas 150 m weiter, auf dem Herbert-Wehner-Platz erklärte Frau Dr. S. Lüder, den Zuhörern die Auswirkungen des »Leuchtturmprojektes« elektronische Gesundheitskarte und die Helferin Marlies Jürgensen, die Auswirkungen der Gesundheitspolitik in der täglichen Praxis.

Nette Große Schwester

Ärzte, Juristen, Journalisten, kritische Bürger, FDP und Grüne malen große schwarze Schatten an die Wand – pardon, an die Scheibe: Mit der geplanten umfassenden Kontrolle und Speicherung von Telefon- und Handysgesprächen und der Internetkommunikation mutiere der deutsche Staat in Erfüllung einer entsprechenden EU-Richtlinie zum »Großen Bruder« und wir zu »gläsernen« Bürgern, sagen die Kritiker des Gesetzes zur Vorratsdatenspeicherung. Natürlich hinkt der Bezug zu George Orwells Fiktion eines totalitären Staates, die er vor fast 60 Jahren in dem Weltliteraturklassiker »1984« verarbeitet hat. Zum einen geht es heute um den Kampf gegen den internationalen Terrorismus, zum anderen haben wir Deutschen die zur Perfektion getriebene staatliche Kontrolle und Repression mittlerweile zur Genüge kennengelernt – erst durch die Nationalsozialisten, dann durch die SED – und daraus gelernt.

Wie sonst lässt sich unsere Begeisterung für Fernsehshows wie »Big Brother« erklären? Eine Gruppe von Menschen lebt komplett videoüberwacht und abgeschnitten von der Außenwelt, freiwillig! Das ist nicht nur großes Fernsehen, sondern drückt auch viel von unserem Selbstverständnis aus. Wir Deutschen haben nichts mehr zu verbergen. Wir lassen uns gern auch unter die Bettdecke schauen. Diesen souveränen Umgang mit Öffentlichkeit und unserer Intimsphäre zeigen wir im Internet mit liebevoll gestalteten Filmchen aus dem heimischen Schlafzimmer, aber auch in unserem Konsumverhalten. Die »Payback-Karte«,

Fehlstart in Wolfsburg

Als Antwort auf: **Gesundheitskarte:
10.000er-Test in Wolfsburg läuft an**

Redaktionelle Meldung zu diesem
Diskussionsfaden

Über 2000 Informationen, namentlich die e-card Information des IPPNW, der Freien Ärzteschaft und das Heft der Mittwochsdemo: »elektronische Kranken A-Karte« mit der Ballade von Joe Kuhl wurden verteilt und vielfach auf Anfrage an die interessierten Leute abgegeben.

Es gab lebhaftere Diskussionen mit Passanten, die sich ehrlich erschrocken zeigten angesichts der Information, dass die Daten nicht auf der Karte sondern in Großrechnern gespeichert werden, wie Gabi Thiess in ihrer Abschlusssrede deutlich hervorhob.

Die Frage nach dem: »Was können wir tun?« beantwortete Dr. M. Peters auf der Abschlusskundgebung so:

Bezahlen Sie ca. 18,- Euro für das geforderte biometrische Foto für die elektronische – Gesundheitskarte?

Die laute und einstimmige Antwort aus dem Publikum: **NEIN!!!!** Unterschreiben Sie die erforderliche Patienten-Einverständniserklärung vor der ersten Anwendung der e-card?

Die laute und einstimmige Antwort aus dem Publikum: **NEIN!!!!**

Nein? Das ist schade!

Zuerst hat man es nicht geschafft trotz massiver Bemühungen, 10.000 Testpersonen zu rekrutieren. Die Lokalpresse schreibt übereinstimmend von nur 8000 (<http://www.waz-online.de/newsroom/regional/dezentral/regional/art3699,157139>) Patienten wurden bis zu viermal von der Kasse angerufen und haben dann dennoch nicht den Sinn darin gesehen, Kosten für ein Bild vorzustrecken bei zweifelhaftem Nutzen der Karte!

So, wie das überregional dargestellt wird, läuft es in Wolfsburg gar nicht. Fast alle Praxen haben Schwierigkeiten oder sind noch gar nicht dementsprechend ausgestattet. Das ist wie in der Diktatur: Meldung wird gemacht, alles im Soll! Dabei stimmt's hinten und vorne nicht.

Also: totaler Fehlstart, wenn man überhaupt schon von einem Start sprechen kann ...

Klaus-Peter Flegler

www.facharzt.de, 13.11.2007 ●

Dann wird es nix mit der elektronischen Gesundheitskarte!

Die laute und »enttäuschte« Antwort aus dem Publikum: **OOOOHH.**

In ihrer Rede ermutigte Dr. Peters die Menschen zu zivilem Ungehorsam

und forderte mehr Demokratie. Gerade die Hamburger hätten sich am 14. Oktober anlässlich der Abstimmung für verbindliche Volksentscheide mit mehr als 360.000 Stimmen für mehr Demokratie und Mitbestimmung ausgesprochen.

Nun geht es weiter, Ärzte und Patienten wenden sich gemeinsam gegen die Datenspeicherung. Gemeinsam sind wir stark! Am 6.11.2007 gibt es in allen größeren Städten der Bundesländer Proteste und Aktionen gegen die Vorratsdatenspeicherung.

Ärzte und Patienten namentlich Freie Ärzteschaft, UnderDocs und die Selbsthilfegruppe Fibromyalgie sind dabei! Der Countdown läuft!

<http://www.vorratsdatenspeicherung.de/content/view/150/1/lang,de/>
Manuela Peters

<http://www.freie-aerzteschaft.de>

<http://www.fvdz.de>

<http://www.es-ist-unrecht.de>

<http://www.mittwochsdemo.de>

Zum Teufel mit allen e-cards

Dr. med.dent. Manuela Peters

Zahnärztin nahe dänischer Grenze

(Fluchtoption über den Wasserweg) ●

die jüngste Schwester des guten alten Rabattmarkenheftchens, ist hierzulande ein Renner. Dass dabei ohne Ende Daten über uns gespeichert werden, ist uns wurscht. Hauptsache der Preis stimmt. Apropos: Preisausschreiben und sonstige Gewinnspiele stehen bei uns ebenfalls hoch im Kurs. Auf Verbraucher- und Datenschützer, die uns Chancen auf einen Supergewinn mit schulmeisterlichen Ratschlägen schlechteden wollen, können wir gut verzichten.

Das entscheidende Argument aber, sich nicht albernem Verschwörungstheorien von Freiberuflern und anderen Querdenkern anzuschließen, ist der konjunkturbelebende Effekt, den das schöne neue Datensammlungsgesetz uns ohne Zweifel bescheren wird. Zurzeit nutzen in Deutschland rund 39 Millionen Menschen das Internet, 80 Millionen Handys sind im Umlauf. Die lückenlose Überwachung und Auswertung der täglich neu produzierten, unvorstellbaren Datenmengen werden eine gigantische Beschäftigungswelle in Deutschland lostreten. Schließlich gab es in der DDR keine Arbeitslosigkeit, weil damals auf einen real arbeitenden Menschen mindestens zwei Kontrolleure kamen – nein, die Legende vom Autobahnbau passt an dieser Stelle nicht.

Die Bundesregierung sollte jetzt zügig über sympathischere Verkaufsformeln für die umfassende Bürgerüberwachung nachdenken. »Vorratsdatenspeicherung« oder »verdeckte Ermittlung« gehen gar nicht. Der von Orwell vorgeschlagene Propagandaslogan »Der Große Bruder wacht über dich« ist auf der richtigen Spur. Er könnte ein bisschen positiver, wärmer klingen. Wie wäre es denn mit »Dein netter Großer Bruder passt auf Dich auf«; wahlweise (Gender, Kanzlerin) »Deine nette Große Schwester ist immer bei Dir« oder »... sorgt für Dich«. Auf jeden Fall sollte die Bundesregierung im Trend bleiben und sich an einem der »Big Brother«-Wettbewerbe beteiligen, besser noch einen eigenen Preis ausschreiben. Seit Ende der 80-er Jahre werden damit in zahlreichen Ländern Behörden, Firmen, Organisationen und Personen gewürdigt, die in besonderer Weise und nachhaltig die Privatsphäre von Menschen begleiten oder in bester Absicht persönliche Daten Dritten zugänglich machen. Das spornt zu Höchstleistungen an und pflegt das Image.

Britta Grashorn

rundblick, 9.11.2007 ●